

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Herr Wittgenstein, Banke und Erndtebrück

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Dienstag, Donnerstag u. Samstag u. kostet
monatlich M. 1. — — Fernsprecher Nr. 1.
— Postfachkonto Köln Nr. 404 49 —

Anzeigen: 1 mm hoch, 43 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen 5 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Groschonten Kreispartei Laasphe Nr. 29
Bankkonto: Markburger Bank Abt. Laasphe

Schuldruck, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 104

Laasphe, Donnerstag den 2. Oktober 1924

49. Jahrgang

Der Reichsaussenminister über die Dawes-Gesetzgebung.

Im Zuge der sich anbahnenden Austragung der innerpolitischen Umformung der Dinge finden nun seitens der politischen Parteien die einzelnen Parteitage statt, um zur Umformung bzw. Neubildung der Regierung Stellung zu nehmen. In der verflochtenen Woche tagte in Berlin ein Parteitag der Deutschen Volkspartei, in dieser Woche am Montag und Dienstag wird ein solcher der Deutschnationalen Volkspartei zu dieser brennenden Frage Stellung nehmen. Als Ausfluß der vorkommenden Tagung ist jene parteiamtliche Erklärung über die Volksgemeinschaften anzuspähen, die wir bereits in kurzen Zügen in diesen Tagen bewerteten. Am Schluß der vorkommenden Tagung sprach am Sonntagabend dann noch im großen Blüthnersaal in Berlin über diese Fragen und die allgemeine innen- wie außenpolitische Lage der derzeitige Reichsaussenminister, der bekanntlich zu gleicher Zeit Parteiführer der Deutschen Volkspartei ist. Die so notwendige Klärung der politischen Parteilichkeit, die zu gleicher Zeit als ein großzügig angelegter innerpolitischer Klärungs- und Reinigungsversuch anzusprechen ist, läuft so mit; inwieweit diese Versuche praktische, tragfähige Erfolge zeitigen werden, muß man abwarten.

Zuförderst ist die außenpolitische Bewertung unserer Lage durch den Reichsaussenminister, die dieser in seiner Sonntagabend-Rede vor seinen Parteifreunden gab, nicht uninteressant. Der Reichsaussenminister, der bekanntlich mit dem Reichkanzler die Führung der Deutschen Delegation in London ausmacht, beschäftigte sich in jener Auslassung fast ausschließlich mit der Wirkung der Londoner Beschlüsse und der damit zusammenhängenden Dawes-Gesetzgebung auf die Lage Deutschlands, innen- wie außenpolitisch. Je nach der politischen Anschauung des einzelnen sind die Meinungen über Dawes-Gutachten, Londoner Abmachungen usw. auch heute noch recht geteilt; es hiesse der Wirklichkeit, wie sie nun einmal ist, Gewalt antun, wollte man dies leugnen. Ob schließlich Deutschland nichts anderes übrig bleibt, als das neuerliche Diktat von London — denn um ein solches handelt es sich trotz aller Schönredereien — wieder anzunehmen, ist eine andere Frage. Aber auch in dieser Anwendung sind die Ansichten des deutschen Volkes noch recht geteilt. Angesichts der noch in frischer Erinnerung habenden Eindrücke der letzten Parlamentskämpfe zur Dawes-Gesetzgebung gehört immer eine Dosis „Neuroptimismus“ hinzu, die sich mit der rauhen Wirklichkeit nicht recht verträgt, wenn der Reichsaussenminister festzustellen glaubt: „Die Erreichung der verfassungsmäßigen Mehrheit ist ein Beweis dafür, daß die Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Sachverständigenrat in weitesten Kreisen des Volkes gebilligt worden ist.“ Bei der noch unverfälschten Erinnerung an die letzten Parlamentskämpfe erscheint uns diese Art von Schönrede auch taktisch nicht recht angebracht; es wäre wohl doch besser gewesen, man hätte die rauhe Wirklichkeit als rauhe Wirklichkeit schadenlos geteilt und „die Billigung weitester Kreise“ als das bezeichnet, was sie war, das Produkt eines Hin- und Herfeils zwischen den Parteien, ein

Produkt, das einer üblen Zangen Geburt eher ähnlich sieht wie einer „Billigung weitester Kreise“.

Auch weiterhin erscheinen uns die Ausführungen des Reichsaussenministers über das Erreichte etwas stark rosig gefärbt; Frankreichs Verhalten an Ruhr und Rhein, Frankreichs augenblickliche Politik in Genf erscheinen uns, wenn man die Dinge nüchtern betrachtet, eine nicht gerade zutreffende Klärung für eine optimistische Betrachtung der Lage. Zustimmung muß man aber dem Reichsaussenminister, wenn er zunächst an seine Parteifreunde und darüber hinaus auch an die anderen Parteien die dringliche Aufforderung richtet, sich gewissermaßen auf den Boden der bestehenden Verhältnisse zu stellen, gemeinsam daran zu arbeiten, aus den misslichen Verhältnissen für Deutschlands Gesundung und Wiederaufrichtung herauszuholen und herauszuarbeiten, was sich noch herausholen und herausarbeiten läßt. Ein jeder, dem die Gesundung aus gegenwärtigem Elend, das wahre Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt, kann und wird dem nur zustimmen. Allerdings sind wir der Anschauung, daß dieser selbstverständliche Appell zu gemeinsamer, gewissermaßen überparteilich-nationaler Wiederaufbau- und Gesundungsarbeit aus dem Munde eines zurzeit noch führenden Staatsmannes noch wirksamer, trefflicher und überzeugender gewesen wäre, gewirkt hätte, wenn er sich an Stelle einer immerhin nicht ganz zureichenden Rosigfärberei abgehoben hätte von dem Hintergrund einer Schilderung der rauhen Wirklichkeit, getragen gewesen wäre von der einzigen Betonung der Zweckmäßigkeit, sich nun, möge man sonst denken, wie man wolle, auf den Boden der geschaffenen Bedingungen zu stellen.

Wir betonen vorhin, daß der Reichsaussenminister diesen Aufruf auf dem Parteitage seiner Partei zuerst an seine eigenen Parteimitglieder und darüber hinaus auch an die weiteren, anderen Volksgenossen gerichtet habe. Jawohl, auch an seine eigenen Parteimitglieder; denn auch mitten durch seine Partei geht jener eingangs dieser Zettel stichierte Riß der verschiedensten Anschauungen und Auswertungen über das Dawes-Gesetz; gemeinsamer Boden ist nur, ebenso wie bei allen anderen Volksgenossen, die Erkenntnis von der drückenden, bis hart an die Grenze der Möglichkeit gehenden Schwere der übernommenen Verpflichtungen. Wir wollen im wahren Interesse unseres Vaterlandes und der Hoffnung hingehen, daß bei den nun weiter folgenden Verhandlungen und Auseinandersetzungen der verschiedenen Parteien jener Aufruf zu gemeinsamer, überparteilich-nationaler Gesundungs- und Erneuerungsarbeit tragbare Erfolge zeitigen möge. Wir betonen mit allem Ernst und mit allem Nachdruck, daß wir die Zurückstellung besonderer Interessen und die Vorrangstellung der gemeinsamen überparteilichen Arbeit auf nationaler Grundlage für das erste Erfordernis der Stunde halten, um überhaupt die Dawes-Lasten tragen zu können, ohne zusammenzubrechen. Aber wir stellen diese kategorische Forderung auf den Boden der reinen Zweckmäßigkeit, nicht auf den Boden einer rosenroten Beleuchtung angeblich erreichter Bedingungen, einer Beleuchtung, die sich mit der rauhen Wirklichkeit der Dinge nicht verträgt.

Die Militärkontrolle.

Der Völkerbundrat, der in seiner Geheim Sitzung vom Sonntagabend einstimmig die Richtlinien für die Militärkontrolle in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien festlegte, hat sich im wesentlichen den Entwurf der Ständigen Militärkommission zu eigen gemacht. Obgleich das Interesse für den Entwurf besonders groß in Deutschland ist, hat das Völkerbundssekretariat diesen zuerst durch die Savas-Agentur verbreiten lassen. Die vorgesehene Kontrolle wird sowohl in Deutschland wie auch in Österreich, Ungarn und Bulgarien nach der Beendigung der Kontrolle durch die Alliierten beginnen. Das Verfahren wird sich folgendermaßen abspielen:

Der Rat beschließt die Kontrolle, die Ständige Militärkommission bereitet sie vor, die Kommission der Sachverständigen führt sie aus. Die Aufsicht der Ständigen Militärkommission ist dauernd. Jedes Jahr wird sie für das kommende Jahr dem Rat einen Plan derjenigen Untersuchungen vorlegen, die die Kommission empfiehlt. Zu der Militärkommission gehören die militärischen Sachverständigen der Staaten, die im Rat vertreten sind. Ein jeder Staat, der nicht Mitglied des Rates, aber Grenzgebiet eines Staates ist, der sich ihm gegenüber durch einen Friedensvertrag gebunden hat, wird in der beratenden Kommission vertreten sein. Die Räte der Sachverständigen, die die Kontrolle vornehmen, wird vom Rat festgelegt. Je nach der Art der Untersuchung werden andere Sachverständigen hinzugezogen werden. Die Mitglieder der Kontrollkommission genießen das Vorrecht der Diplomaten. Jede örtliche Untersuchung muß von mindestens drei Sachverständigen verschiedener Nationalität ausgeführt werden. Jeder Staat, der Mitglied des Völkerbundes ist, kann dem Generalsekretariat Mitteilung über Vorgänge, die seiner Meinung nach eine Untersuchung erfordern, machen. Bei der Ausübung der Kontrolle sind folgende Richtlinien maßgebend: Um sie wirksam zu gestalten, erstreckt sich die Kontrolle auf ein sehr weites Gebiet. Diese bezieht sich auf alle militärischen Luft- und Flottenfragen, auf Gesetzgebung und militärisches Budget, auf die Bestände an vorhandenen Truppen, auf das Kriegsmaterial und seine Herstellung, auf den Bau von Kriegsschiffen und die Ausbildung und den Unterricht der Truppen für den Krieg. Die Kontrolle muß überraschend für den zu kontrollierenden Staat erfolgen. Die Annahme des Kontrollprojekts wird durch den Rat in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Die nunmehr offizielle Bestätigung der Nachrichten, wonach im Völkerbundrat die Militärkontrolle in der Weise geregelt worden ist, daß Deutschland von der aktiven Teilnahme daran auch nach seinem Eintritt in den Völkerbund ausgeschlossen bleibt, hat in Berliner politischen Kreisen tiefe Verwirrung erregt. Von Seiten der Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß sie schon seit langem einen solchen Beschluß beabsichtigt und sich deshalb in dem Memorandum über die Frage des Eintritts von vornherein dagegen verwahrt habe, weiterhin lediglich Objekt einer Militärkontrolle durch den Völkerbund zu sein. Diese Verwahrung bleibt

Großkaufmann Seltermann.

42] Roman von Wilhelm Herbert.

„Heute, die 100 Jahr ein Haus besessen, vom Großvater über den Sohn auf den Enkel, kommen zu mir und sagen: „Hören Sie, wenn Sie einmal was Günstiges vernahmen — ich will mein Haus verkaufen — falls Sie einen Käufer haben!“ Und ich habe fast immer was! — Vielleicht wollen auch Sie einmal Ihr Haus verkaufen, Herr Seltermann!“

„Ich — mein Haus — verkaufen?“ Seltermann musterte den Besucher von unten bis oben wie einen, der ihm eine schwere Beleidigung zufügen wollte.

Der Kleine zuckte seelenruhig die Achseln. „So hat mich schon mancher angesehen im ersten Augenblick, Herr Seltermann, der später ein gutes Geschäft gemacht hat durch mich. Gott warum sollen Sie Ihr Haus nicht verkaufen!“

„Aber wie sind denn Sie nur zu der Idee gekommen?“

„Ich bin nicht zu der Idee gekommen, Herr Seltermann! Die Idee ist zu mir gekommen. Die Leute haben sie mir gebracht. Die Leute, die überall herum auf der Börse, in den Kaffeehäusern, auf der Straße, von den Unannehmlichkeiten, die der Herr Seltermann durch seinen unerbittlichen Kassierer hat, den gefächelt und unterfächelt und gestohlen und am Schluß, wie er nicht mehr rauskommt aus dem Dreg, sich hinüberbefördert hat ins Jenseits!“

„Hören Sie nur die Leute, Herr Seltermann! Was will sich der Mann alle die Angelegenheiten machen!“ sagen sie. „Die Scherereien mit dem Geschäft — die Geschichten mit den Kreditoren und Debitoren — die schiefen Mäuler bei allen Bekannten und Nichtbekannten!“ — „Wenn ich der wäre“ — sagen die Leute — „ich tät kurzen Prozeß machen. Was er braucht, hat er. Die Tochter wird heiraten — der Sohn wird heiraten — was braucht er allein mit der Frau sich zu schinden und zu raderen und sich herumzubalgen mit der ganzen Geschichte! Verkaufen tät ich mein Haus und das Geschäft oder dem Sohn über-

geben. Die Ruhe ist mehr wert als alles! ...“ So reden die Leute, Herr Seltermann!“

Der Kaufmann lachte.

„Das ist ja alles ganz schön und gut, mein Lieber! Aber doch noch starke Zukunftsmusik. Meine Tochter hat zunächst nicht vor, zu heiraten — noch weniger mein Sohn — und ich selber will mich durchaus nicht jetzt schon auf die faule Haut legen, sondern weiter schaffen im Geschäft.“

„In dem Geschäft?“ Dem schnellzüngigen Männlein war die Ausrufung rascher entwichen, als er wohl selber hatte haben wollen.

Denn wie geht Seltermann aus: „Was erlauben Sie sich! Was wollen Sie damit sagen?“ da streckte der Kassierer beide Hände aus und meinte beschwichtigend: „Nun, nun! Tun Sie nur nicht so, wie wenn Sie mich verfluchen wollten! Ich sage doch nicht mein eigenes! Ich sage doch nur, was die Leute sagen! Ja, wenn Sie das alles hören würden! Da müßten Sie noch ganz andere Augen machen! Aus der Haut müßten Sie fahren! Den Leuten draußen ist nichts heilig! Die schütten das Kind immer mit dem Bad aus. Und haben regelmäßig nur Mitleid mit denen die kaputtgegangen sind — nicht mit denen, die noch lebendig herumlaufen.“ „O je!“ sagen sie. „Wird ihm schon ganz zur rechten Zeit sich erschließen haben, der Kassierer! Wird schon faul sein im Geschäft selber — sonst erschießt sich doch so einer nicht, wenn irgendwo anders geht!“ Und alles geht anders, wenn man will und noch wollen kann. Aber er kann nicht mehr wollen, der Seltermann ...

„Jetzt habe ich aber genug“, rief der Kaufmann. „Lassen Sie mich in Ruhe mit dem Geschäft, das mich nicht so viel berührt!“

Er schnippte mit den Fingern in der Luft und lachte.

„Es wird Sie schon berühren, Herr Seltermann! Es wird Sie noch ganz grauslich berühren. Grad ist einer hinausgelaufen bei Ihnen. Ein Lump! Nicht mit dem Handgelenk würde ich ihn anrühren. Ich kenne ihn. Er kennt mich auch. Gehen Sie nicht hin-

ein! Da werden Sie gedroffelt und geprügelt, wenn Sie Ihr ehrliches Geld verlangen!“

Der Kaufmann fuhr auf. „Oder erpressen?“ ... wollte er ausrufen. Aber er konnte ja nicht reden. Er durfte ja nichts sagen. Unwillkürlich stützte er den Kopf in die Hand und seufzte.

„Nicht wahr?“ sagte der Kleine triumphierend. „Sie sehen es selber, daß ich recht habe! Und das ist nur einer, Herr Seltermann! Weil Sie immer reich aufgetreten sind, weil der Herr Sohn einer von den jungen Lebemännern gewesen ist in der Stadt, drum fällt die Schadenfreude und der Neid doppelt und dreifach über Sie her. — In dem „Geschäft“, habe ich gesagt! Ja, Herr Seltermann, ich habe es gesagt! Freilich habe ich es gesagt! Und fünfhundert haben es vor mir gesagt und dabei mit Achselzucken gelacht. Was kümmern sich die Leute, ob ein Geschäft ehrlich und nobel bestanden hat fünfzig Jahre — in zweimal vierundzwanzig Stunden machen sie es hin!“

Er trat ganz nahe an das Pult heran und legte den Arm vertraulich auf die Kante.

„Herr Seltermann, ganz unter uns gesprochen und gesagt von einem Mann, der auch ein Herz hat, nicht bloß ein Auge auf's Geschäft! Das Wort von der „Vollstimmte“ ist nicht so ganz unecht. Es steckt mehr Weisheit und Wahrheit drin, als der Mensch oft gelten lassen will. Herr Seltermann, wenn das wahr wäre von all dem, was die Leute sagen — wenn auch nur ein Tüpfelchen dran wahr wäre ... sind Sie glücklich! Gehen Sie heraus aus der ganzen Sache, gehen Sie weg aus dem Haus, ehe es Ihnen über dem Kopf zusammenstürzt! Sie kennen den Vers, der im Schiller steht von dem See, der sein Opfer haben will! Geben Sie ihm sein Opfer! Halten Sie nicht, was sich nicht halten läßt! Ich weiß, es heißt — es heißt einen vornehmen Mann wie Sie doppelt und dreifach — es wird den feinen Herrn Sohn heißen und die Frau Gemahlin und das gnädige Fräulein Tochter. Aber es gibt Dinge auf der Welt, die heißen noch viel ärger ... ich will nicht mehr gesagt haben, ich will nicht das Allerletzte sagen, Herr Seltermann.“

(Fortsetzung folgt)

natürlich auch gegenüber dem neuerlichen Beschluß in Kraft, und es werde von einem Eintritt Deutschlands nur dann die Rede sein können, wenn diese Frage in zufriedenstellender Weise geregelt werde. Allerdings lauten die bisherigen Nachrichten aus Genf ziemlich pessimistisch, und es ist mit großer Schwierigkeit zu rechnen, bevor daran gedacht werden kann, die Hindernisse zu beseitigen, die bisher einer gleichberechtigten Teilnahme Deutschlands an der Militärkonferenz im Wege stehen.

Die deutsche Delegation zur Beratung des deutsch-französischen Handelsvertrages

trifft Dienstag in Paris ein. An ihrer Spitze steht bekanntlich Staatssekretär von Trendelenburg, und ferner gehören ihr an der frühere Staatssekretär v. Simon, als Vertreter der Landwirtschaft Herr v. Dallwitz, Vertreter der Grenzstaaten (also Preußens, Badens und Bayerns) sowie eine ganze Reihe von Ministerialbeamten und Sachverständigen. Die Verhandlungen werden, wie man annimmt, mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Für die deutsche Delegation ist eine ganze Etage eines Hotels im Mittelpunkt der Stadt Paris reserviert worden. Die einzelnen Mitglieder der Delegation wohnen im Vontroyal-Hotel.

Die Preisabbau-Maßnahmen.

Aus Kreisen der Verbraucher sind an die Reichsregierung und an die Landesregierungen mannigfache Klagen gerichtet worden, daß die Preisabbau-Maßnahmen bisher keinerlei Ergebnisse gezeitigt haben. Vielmehr seien die Preise gerade der notwendigen Lebensmittel in fortwährendem Steigen begriffen. Die preussische Regierung hat darauf bei der Reichsregierung angeregt, demnächst in den beteiligten Ressorts über eine durchgreifende Maßnahme gegen die Teuerung zu beraten. Die Vorarbeiten zu dieser Besprechung sind noch nicht abgeschlossen, jedoch verlautet bereits aus unterrichteten Kreisen, daß die Reichsregierung mehr als bisher beabsichtigt, den Ländern vorzuschlagen, eine Verringerung ihrer Kreditpolitik in der Weise vorzunehmen, daß die Reichsbankkredite mehr als bisher denjenigen Kreisen zugewandt werden sollen, die in erster Linie für die Erzeugung in Frage kommen. Weiterhin sind im Reichsfinanzministerium Vorarbeiten über eine Reform der Steuerpolitik im Gange, die ebenfalls die Erzeugung entlasten soll und damit zur Erleichterung des Lebensmittelmartens beitragen dürfte. Von preussischer Seite wird insbesondere darauf hingewiesen werden, daß es unbedingt nötig sei, die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem Kleinhandelspreis zu vermindern und Mittel ausfindig zu machen, um insbesondere der großstädtischen Bevölkerung die notwendigen Erzeugnisse unter Ausschaltung der zahlreichen Zwischenhandelsgewinne zugänglich zu machen.

Französische Sehe.

Der Pariser Senator Daussat veröffentlicht im „Matin“ einen Leitartikel über das deutsche Budget unter folgenden Leitgedanken: Jeder deutsche Steuerzahler zahlt durchschnittlich jährlich 380 Franken, jeder französische dagegen 621. Die Eisenbahntarife werden in Deutschland herabgesetzt, die Umsatz- und Grundsteuer ermäßigt. Die Bezüge der Beamten und deutschen Offiziere sind um 50 bis 100 Prozent höher als die der französischen. Für soziale Gesetzgebung und den Bau von Arbeiterwohnungen sind große Summen ausgegeben. Daussat schließt mit dem Satz: Die Militärkontrollen in Deutschland hat seit dem 8. September wieder begonnen. Wann wird die Finanzkontrolle beginnen?

Die Verbreiterung der Regierungsbasis?

Die Besprechungen, die die Führer der völksparteilichen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler Dr. Marx über die Umbildung des Reichskabinetts geführt haben, haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Der Reichskanzler hat sich selbst die Initiative vorbehalten, die Verhandlungen zur Verbreiterung der Regierungsbasis in die Hand zu nehmen. Er wird, wie wir hören, nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Sozialdemokraten Rücksprache nehmen, um beide Richtungen zur verantwortlichen Mitarbeit an der Regierung zu gewinnen. Es steht aber schon jetzt fest, daß eine Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts und nach links nicht in Frage kommen kann. Die Sozialdemokraten weigern sich, mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten, während umgekehrt die deutschnationale Partei eine Heranziehung der Sozialdemokratie scharf ablehnt. In den parlamentarischen Kreisen hat man daher den Eindruck, daß Reichskanzler Dr. Marx im Falle eines Scheiterns der Besprechungen mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten abermals seine Bemühungen einstellen wird. Dadurch würde dann die Initiative wieder in die Hände der Partei zurückgegeben.

Mit einer Umbildung der Reichsregierung würde wahrscheinlich auch die Große Koalition in Preußen endgültig zu Fall kommen. Obwohl man zurzeit bestrebt ist, äußerlich die Brüchigkeit der Großen Koalition in Preußen nicht zutage treten zu lassen, steht es doch mit einiger Sicherheit fest, daß die Gegenkräfte in der preussischen Koalition von Tag zu Tag schärfer werden. In den Kreisen der Sozialdemokratie kündigt man eine verstärkte Opposition an, für den Fall, daß die Bildung einer Regierungskoalition mit den Deutschnationalen zustande kommt.

Wie aus demokratischen Kreisen verlautet, würde die Bildung einer Rechtskoalition mit Einschluß der Deutschnationalen zu dem Zusammenschluß der Linksparteien zu einem Vorkriegsblock führen. Die demokratische Partei würde die Opposition der Sozialdemokratie nachdrücklich unterstützen, um einer Rechtsorientierung der Regierungspolitik entgegenzuarbeiten.

Die Durchführung des Dawesplanes.

Am 5. Oktober wird die Reparations-Kommission die 2. Feststellung hinsichtlich der Durchführung der Londoner Abmachungen zu machen haben. Bis zu diesem Termin muß die Uebergabe der Reichsbahn an die neue

Reichsbahngesellschaft und die Errichtung der neuen deutschen Goldnotenbank vollzogen sein. Wie wir hören, ist die Durchführung der Gesetze über die Reichsbahn und über die neue deutsche Goldnotenbank in einem für Deutschland befriedigenden Sinne geregelt. Nach der Durchführung der 2. Feststellung der Reparations-Kommission werden nunmehr die Anleihe-Verhandlungen zu Ende geführt werden können, die nach den Informationen der Reichsregierung zur Auflegung der Anleihe in der zweiten Hälfte des Monats Oktober führen dürften.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Minister der Finanzen empfing die Vertreter der Spitzenorganisationen, die wegen einer Erhöhung der Bezüge der Reichsbeamten und -Angestellten vorstellig wurden. Nach eingehender Erörterung der Lage der Beamten und Angestellten, der allgemeinen Wirtschaftslage und der Finanzlage des Reiches sowie aller übrigen in Betracht kommenden Verhältnisse konnte der Reichsfinanzminister bei voller Würdigung der Ausführungen der Organisationsvertreter zurzeit eine Erfüllung der vorgetragenen Wünsche nicht in Aussicht stellen. Insbesondere würde zu einer Zeit, wo von der Reichsregierung auf allen Gebieten ein Preisabbau erstrebt, die Umgehänge und die Eisenbahntarife herabgesetzt, die Kohlenpreise und Vorkaufspreise erniedrigt würden, eine Erhöhung der Beamtengehälter diesem Bestreben gerade entgegenwirken. Es sei auch eine wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit, auf der einen Seite die Einnahmen des Reiches durch Herabsetzung der Vorkaufspreise und der Eisenbahntarife zu verringern und auf der anderen Seite durch Gehaltserhöhungen die Ausgaben zu vergrößern. Schließlich dürften unmittelbar vor Aufnahme der Tätigkeit der demnächst zu errichtenden Goldnotenbank keine Maßnahmen getroffen werden, deren Auswirkungen auf die wertvolle Goldwährung sich nicht übersehen ließen.

Der Kautasus in Aufruhr.

Die Chicago-Tribüne meldet, daß der ganze Kautasus bis Kofford und Astrachan sich im Aufruhr gegen die Sowjets befindet. Nach den letzten Meldungen haben die Aufständischen in Astrachan mit Hilfe der Donkosaken die Herrschaft in Astrachan an sich gerissen. Außerdem haben sie Zerkowinograd besetzt und beschließen die Kriegsschiffe der Sowjetflotte. Ein großer Teil von Arbeiterwohnungen revoltiert ebenfalls. Die Eisenbahnbrücke zwischen Grosny und Serbent wurde zerstört. Die revolutionären Verbände im Kautasus haben die Generalmobilisierung angeordnet.

Die tschechischen Zollpläne gegen Deutschland.

In deutschen Wirtschaftskreisen hat eine gewisse Verunsicherung Platz gegriffen wegen der Zollpläne, die von dem tschechischen Außenminister Dr. Benes wahrscheinlich auf Anregung französischer Wirtschaftskreise betrieben werden. Die tschechische Regierung will die Staaten, die zu dem früheren Österreich-Ungarn gehörten, neuerdings zu einer Zollunion vereinigen, angeblich aus Furcht vor der deutschen Ausfuhrkonkurrenz. Wenn diese Pläne gelingen sollten, so würde sich Deutschland einer geschlossenen Front gegenübersehen, die aus der Tschechoslowakei, Deutsch-Österreich, Ungarn und Jugoslawien bestünde, und es wäre unmöglich, mit jedem dieser Staaten gesonderte Handelsverträge abzuschließen. Man war in deutschen Wirtschaftskreisen bereits im Begriff, einen Handelsvertrag mit Österreich vorzubereiten, und man hoffte, auch mit Ungarn und mit Jugoslawien in Bezug auf Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsbeziehungen zu einem guten Einvernehmen zu kommen.

Die Schlacht bei Shanghai.

Marshall Lou, der Führer der Fischfangtruppen, leitet persönlich seine Armee westlich von Shanghai, um den Versuch zu machen, die gefährliche Eindringung der Front auszugleichen. Die Verteidigung von Kiangsu hat sich als sehr widerstandsfähig erwiesen. Auf beiden Seiten sind nach Berichten aus Shanghai die Verluste schwer. Die Truppen Lous hätten feste Stellungen erreicht und sich eingegraben. Der Gouverneur von Fuzhou ist im Besitz von Hangtichou; er beabsichtigt, den Vormarsch gegen Lou anzutreten.

Mekka erobert?

Nachrichten aus Kairo und Alexandria melden die Eroberung Mekkas und Mahads (?) durch die Araber. Die Nachrichten sind aber bisher noch unbestätigt.

Erneute Wohnungsbeschlagnahme in Duisburg.

Ein Teil der kürzlich fertiggestellten und noch nicht bezogenen städtischen Neubauten Duisburgs ist von der Besatzung beschlagnahmt worden. Es handelt sich um etwa 40 Wohnungen.

Gegen die dritte Steuernotverordnung

In einer von den Landesverbänden Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg des Reichsverbandes der Hypotheken- und Spargläubiger und des deutschen Rentnerbundes einberufenen öffentlichen Versammlung in Berlin hielten Oberlandesgerichtspräsident Dr. Best-Darmstadt und Landtagsabgeordneter Hackenberg-Berlin eingehende Referate über das große Unrecht der dritten Steuernotverordnung. Vor den beiden Referaten berichtete der ehemalige Zweigverbandsdirektor von Groß-Berlin, Reichstagsabgeordneter Dr. Steiner über die bisher gepflogenen Verhandlungen im Aufwertungsausschuß des Reichstages. Er stellte sich auf den grundsätzlichen Standpunkt, daß die dritte Steuernotverordnung unter allen Umständen beseitigt werden müsse und an ihrer Stelle eine gesetzliche Regelung zu erfolgen habe, die den Grundbesitzern von Recht und Gerechtigkeit entspricht. U. a. nahm auch das Wort der den Deutschen Volkspartei angehörige Reichstagsabgeordnete Admiral a. D. Brünighaus. Er stellte zunächst namens der Deutschen Volkspartei deren Dank für die Einladung der Partei ab und verband damit gleichzeitig seinen Dank für den ehrenvollen Nachruf, den der Vorsitzende des „Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbundes“, Landes-Erziehungsrat Seiffert, dem kürzlich und allzu früh verstorbenen Vorkämpfer der Aufwertungsbewegung, Erzellenz Dr. Düringer, widmete. Für seine Person sprach auch dieser Redner weitestgehendes Eintreten für die Zwecke einer gerechten Aufwertung im Sinne der Schutzverbände. Ihrer Stimmung und Forderungen gab die von mehr als 6000 Personen besuchte Versammlung in nachstehender, einstimmig gefaßter Entschließung Ausdruck:

Die Hypothekengläubiger, Sparrer und Rentner, als die vom deutschen Staat Entrechteten und Betrogenen erheben schärfsten Protest gegen den erneut zutage getretenen Versuch des Reichsfinanzministers Dr. Luther, des Dr. Dernburg und ihrer Helfershelfer, ihnen das Almosen zu bieten, wo sie lediglich ihr gutes Recht fordern. Alle diejenigen, welche im Vertrauen auf Treu und Glauben einst gehandelt haben, lehnen einmütig deutsche Minister und deutsche Volksvertreter ab, die diesen Grundsatz von Treu und Glauben, der das deutsche Volk groß gemacht hat, mit Füßen treten wollen. Solche Männer gehören nicht an die Spitze unseres Volkes. Die Hypothekengläubiger, Sparrer und Rentner erklären, daß sie den ihnen erneut hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür kämpfen werden, daß im deutschen Vaterlande wieder dem Recht und der Gerechtigkeit zum Siege verholfen wird. Sie stellen daher an die Regierung erneut die Forderung, ihre Rechte wiederherzustellen. Sie wollen es nicht länger dulden, daß ihnen Steine statt Brot gereicht werden und sind der festen Überzeugung, daß da, wo ein Wille ist, auch ein Weg ist. Die Hypothekengläubiger, Sparrer und Rentner weisen Regierung und Parteien noch einmal auf den Weg hin, wie er ihnen in dem bekannten, von hervorragenden Juristen und Volkswirtschaftlern als gut befundenen Entwurf des Oberlandesgerichtspräsidenten i. R. Dr. Best-Darmstadt gewiesen ist. Dem Reichsfinanzminister aber soll mit einer kleinen Abänderung ein Wort seines großen Namensvetters zugerufen werden: Das „Recht“ sie sollen lassen stehen! Wir fordern unbedingt Aufhebung der unheilvollen dritten Steuernotverordnung!

Die Kämpfe um die Handelsverträge.

Von maßgebender Seite in der Londoner City sowohl wie von bestinformierter diplomatischer Seite wird auf das bestimmteste versichert, daß England bei den jetzt laufenden Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages darauf bestehen werde, von Deutschland in der gleichen Weise behandelt zu werden wie andere Länder. Gemeint ist natürlich Frankreich. Der Citymann sagte, daß die englischen Industrien, namentlich die Textil- und Farbenindustrie, hinter den Russen noch in viel größerem Maße ruhe seien, als sich das in der Öffentlichkeit zeige. Alle Stellen sprechen die Überzeugung aus, daß die englische Regierung fortgesetzt werden würde, wenn sie in diesem Punkte nachgibt. Auf meinen Hinweis, daß Frankreich im Besitze der Ruhr einen solchen Druck auf Deutschland ausüben imstande sei, daß Deutschland die definitive Entscheidung einer gleichen Behandlung Englands und Frankreichs gar nicht mehr in der Hand habe, wurde erwidert, daß man diese Tatsache in England wohl anerkenne. Man habe längst eingesehen, daß man bei Abschluß des Vertrages von London einen schweren Irrtum begangen habe und rechne auch mit dieser Sachlage. Würde es sich tatsächlich zeigen, daß Frankreich der Teil sei, der zu einer Benachteiligung Englands dränge, dann würde man von englischer Seite sofort die Frage der Kriegsschulden aufrollen.

Große Flottenmanöver in Japan.

Für die am 2. Oktober stattfindenden großen japanischen Flottenmanöver sind alle Vorbereitungen getroffen. Diese Manöver sind die ersten, die seit der Washingtoner Konferenz abgehalten werden und sollen bis zum 24. Oktober dauern; sie werden unter dem Oberbefehl des japanischen Prinzen regiert. In ganz Japan wird diesen Manövern eine große Bedeutung beigemessen, weil hierbei die Gesamtzahl der Marinestreitkräfte versammelt ist, wie sie das Washingtoner Abkommen vorsehe. Die Manöver finden an der Küste des Pacific statt. Es nehmen diesmal 188 Schiffe teil, während an den letzten Manövern nur 134 Schiffe beteiligt waren. Der Zuwachs der Gesamtstreitkräfte beträgt also 54 Schiffe. Unter der Gesamtzahl der Schiffe befinden sich vier Schlachtkreuzer und 16 kleine Kreuzer. Weiter nehmen 105 Torpedoboote und 26 U-Boote an den Manövern teil. Die große Marine-Parade, die den Abschluß der Manöver bildet, wird in diesem Jahre wegen Geldmangels ausfallen.

Zum 5. Jahrestag der Technischen Nothilfe

Am 30. September 1924 konnte die Technische Nothilfe zurückblicken auf 5 Jahre erfolgreicher Arbeit. Unbestritten ihrer Neutralität, hat sie dem deutschen Volke in Zeiten der Hoffnungen und der Hoffnungslosigkeit, der Erschütterungen und der Enttäuschungen als treuer Eckstein zur Seite gestanden, für viele unsichtbar und doch für alle unentbehrlich, von manchen verkannt und verleumdet, doch mehr noch begleitet von Dankbarkeit und Anerkennung der Mehrheit des Volkes.

In einer Zeit, die Völker und Staaten im Tiefsten auswühlte, hat die treue Nothelferschaft den Staatsgedanken, ja fast den Bestand des Staates, in entscheidenden Augenblicken durch mutiges Eintreten gerettet, wenn er im Chaos der Geister und Gewalten unterzugehen drohte. Der Steuerstreik in Württemberg 1920, der mit Stilllegung bedeutender lebenswichtiger Betriebe den Staat zur Kapitulation vor einer Interessengruppe zwingen wollte, der Eisenbahnstreik 1922, der über Nacht den gesamten deutschen Eisenbahnverkehr und damit den Blutkreislauf des deutschen Volkes und Staates stilllegte, die Unterbrechung des gesamten Notendrucks in der Reichsdruckerei, wo die Technische Nothilfe den Druck der erlösenden Rentenmark bewerkstelligte: das sind markante Beispiele rettender Nothilfe, wo Tausende treuer Nothelfer den Schutzwall bildeten gegen die hereinbrechenden Fluten der Unvernunft.

Gewiss wenig wie auf staatspolitischem Gebiete, ist die mit Tat und Wort eingreifende Tätigkeit der T. N. auf der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege fortzubedenken. Die gewaltigen Wirtschaftskämpfe in der Landwirtschaft der Nachkriegszeit in Mittel-, Nord- und Ostdeutschland machten in 2084 Fällen ein großes Aufgebot an Nothelfern notwendig, um Ernte und Vieh vor dem Verderben zu retten und damit weitere Erschwerungen der ohnehin so bedrohten Ernährungslage des deutschen Volkes zu verhindern. Der gewaltige Binnenschiffstreik im Jahre 1920 und zahlreiche Wirtschaftskämpfe in den Hafenbetrieben, besonders in Bremen und Hamburg, stellten höchste Anforderungen an die Nothelferschaft, um auf dem Transport befindliche Lebensmittelmengen vor dem Ver-

derben zu schützen und dem Verbrauch zuzuführen. 71 Einfäße auf Zechen und in Hütten, 449 in Mühlen, Zuckerfabriken und anderen Betrieben des Nahrungsmitteleigengewerbes, 795 Einfäße im Transport u. Verkehrsmitteln haben zu ihrem Teil dazu beigetragen, größere Wirtschaftskämpfe in ihren Folgen für das Volksganze zu mildern und dauernde Schäden zu verhindern.

Dem Einzelnen am sichtbarsten, für die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit am unentbehrlichsten waren die 334 Einfäße in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken; sind diese Werke doch in ihrer neuzeitlichen Entwicklung die Lebensquellen jeder städtischen Gemeinschaft geworden, deren Funktionen nicht ohne stärkste Rückwirkung auf die Lebensbedingungen jedes Einzelnen unterbrochen werden dürfen.

Die Bedeutung der L. N. zeigt sich am besten an dem steigenden Interesse, das die deutsche Öffentlichkeit an ihr nimmt. All die Jahre ihrer Tätigkeit halten in wachsendem Maße wider von Rundgebungen und Entschleunigungen, in denen die bedeutendsten Organisationen u. Persönlichkeiten die Erhaltung und den Ausbau der L. N. fordern und fördern.

Die L. N. hat es stets als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Nothilfegeanken in alle Kreise des deutschen Volkes hineinzutragen und alle Volksschichten zur Mitarbeit heranzuziehen. Wie sich Millionen deutscher Volksgenossen alljährlich zum Gedanken der Technischen Nothilfe bekannt haben, sind Hunderttausende dem Rufe der Nothilfe-Tat gefolgt. Techniker und Ingenieure, die mit 22 % vertreten sind, reichen dem Arbeiter die Hand, der 11 % der Nothilfeerschaft stellt. Der Landwirt (21 %) steht neben dem Handwerker (10 %); Studenten und Schüler (6 %), Frauen (9 %), Männer aus freien Berufen (21 %); alle umschlingt der Gedanke der Technischen Nothilfe, die stete Hilfsbereitschaft, der Wille, in dieser Zeit der Not nichts gegen einen Volksgenossen, jedoch alles für alle Volksgenossen zu tun.

Hat es sich gelohnt? Ist die Arbeit dieser 5 Jahre mit fast 4000 Einfäßstellen fruchtbar gewesen? — Ja! — Ueber 100 Goldmillionen an Werten sind allein auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gerettet worden; weit bedeutender, wenn auch nicht in Zahlenwerten erfassbar, ist die Erhaltung der L. N. in den technischen Betrieben gewesen. Doch noch über diesen materiellen Erfolg steht der ideale Erfolg des Erziehungsgeankens der Technischen Nothilfe, der allein durch sein Vorhandensein vermocht hat, daß die deutschen lebenswichtigen Betriebe als das kostbarste unerfäßliche Volksgut ein „noli tangere“ geworden sind. Der Gedanke der L. N., der mit stärfster Betonung vor das Rechte-Fordern das Pflichten-Erfüllen setzt, verlangt keine Dankbarkeit; er lehrt vielmehr, daß besser als passiver Dank an andere die tätige Mit-hilfe ist, die sich den Dank selbst verdient.

Eine Tagung des Deutschen Einzelhandels.

Der Hauptausch der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Spitzenvertretung des gesamten Berufsstandes, tagte in Berlin. Das Steuerreferat gab Veranlassung zur Annahme nachstehender Entschleunigung:

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ist einmütig der Auffassung, daß eine Umgestaltung des Systems der Umsatzsteuer in ihren Grundzügen gegenwärtig nicht in Frage kommen kann und darf, wenn nicht das Ertrags für den Staat ganz gewaltig beeinträchtigt werden soll. Exporterleichterungen muß ohne Verletzung des Systems durch ein verbessertes Rückvergütungsverfahren an die Exporteure begegnet werden.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erhebt einstimmig Protest gegen die von Industrie und Großhandel vorge-schlagene Kleinhandelssteuer, die den gesamten Einzelhandel ruinieren, die Konsumenten über Gebühr belasten, den Schleich-handel fördern würde und letzten Endes durch Verringerung des Absatzes wieder ungünstig auf die Produktion einwirken müßte.

Dringende Vorstellung erhebt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gegen das heutige System der Voraus-zahlung auf ein angeblich vorhandenes Einkommen, dessen Existenz nach dem Verlauf des bisherigen Geschäftes in diesem Um-fange bezweifelt werden muß. Ohne die Notwendigkeit zu ver-kennen, dem Staat die für seinen Bestand erforderlichen Steuern zu zahlen, muß daher das dringende Verlangen gestellt werden, daß so schnell wie irgendmöglich dieses System der Vorauszahlung vollständig verschwindet, und spätestens vom 1. Januar 1925 ab wieder eine Besteuerung nach dem tatsächlich im Jahre 1924 erzielten Einkommen erfolgt. Für 1924 bereits zuviel gezahlte Ver-träge müssen auf die neue Steuerhuld in Anrechnung gebracht werden können. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ist überhaupt der Ansicht, daß für den Einzelhandel in Zukunft lediglich eine Besteuerung nach dem Steuer stets das Einkommen des verkauften Jahres bzw. des Durchschnitts von drei Jahren zu-grunde gelegt wird. Auch hierfür ist Voraussetzung, daß die der-zeit bestehenden abnorm hohen Einkommensteuerverläufe von 10 bis 60 Prozent den heutigen Verhältnissen entsprechend herabgesetzt werden.

In der Frage der Gewerbesteuer ist eine Regelung von Reichs wegen dahingehend zu erstreben, daß auch hier nicht will-kürlich äußere Merkmale des Geschäftsbetriebes, sondern lediglich die tatsächlich erzielten Erträge und das tatsächlich vorhandene Be-triebsvermögen als Steuergrundlage herangezogen werden.

Die Zahlung der Rentenbankzinsen von Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Banken zum 1. Oktober 1924. Vom Reichsfinanzministerium wird amtlich mitgeteilt:

Wie kürzlich bekanntgegeben worden ist, hat die Landwirtschaft zum 1. Oktober 1924 einmütig nur die Hälfte der aus den Ren-tenbankbescheiden erscheinenden Halbjahreszinsen zu entrichten, wäh-rend der Rest erst später entrichtet zu werden braucht. Die maß-gebenden Stellen haben sich nunmehr entschlossen, auch den indu-striellen, gewerblichen und Handelsbetrieben einschließlich der Banken nachzuschließen, die bis zum 8. Oktober 1924 zu leistenden Halbjahreszinsen bis zu diesem Zeitpunkt nur zur Hälfte zu ent-richten. Die zweite Hälfte ist ohne weitere Zahlungsaufforderung bis zum 15. Januar 1925 zu zahlen.

Aus Laasphe und Umgegend.

Der Oktober im Sprichwort.

Der Monat Oktober ist der richtige Herbstmonat. Das Wetter ist meist recht unbeständig. Schöne, warme Tage wechseln mit solchen ab, an denen raue Stürme mit kalten Regenschauern brausen. An Unbeständigkeit kann der Oktober in unseren Breiten gar nicht mit dem sprichwörtlichen Aprilwetter wetteifern.

Gehr zahlreiche sind die Sprichwörter, Bauern- und Wetter-regeln, die sich mit diesem weiterwandelnden Monat beschäftigen. Da ist zunächst eine Gruppe, nach der sich der Winter nach dem Wetter im Oktober richten soll. In ihnen spricht sich derselbe

Grundgedanke aus, wie in denjenigen Wetterregeln, die irgend-einen Feiertag zum Ausgangspunkt haben und die meistens dar-auf hinauslaufen, daß bei schönem Feiertag auch das Wetter in der Zukunft schön ist. Nach dem wärmsten Tage im Oktober können das Nahen des Winters nicht aufhaken: „Durch spielende Oktober-mäiden laß dich nicht betören“, und auch: „Des Oktobers Ende reicht dem Winter die Hände“. Vielfach herrscht die Meinung vor, daß gerade ein lauer Oktober einen harten Winter bringe: „Schneit im Oktober die Sonne hell, kommen Sturm und Winter schnell.“ „Ist der Weinmond klar und fein, kommt der Winter scharf hinterdrein.“ „Sicht das Laub noch im Oktober an den Bäu-men, wird der Winter gewiß nicht säumen.“ Dagegen soll einem kalten und rauhen Oktober ein milder und unbeständiger Winter folgen: „Schneit es im Oktober gleich, wird der nächste Winter weich.“ „Ist der Oktober schon rau, wird der Januar sehr flau.“ „Wenn Frost und Schnee im Oktober war, so gibt es keinen Janu-ar.“ Daß diese Wetterregeln, denen sonst nicht selten eine rich-tige Beobachtung zugrunde liegt, mit der Erfahrung und der neu-zeitlichen Wetterwissenschaft nicht immer in Einklang zu bringen sind, braucht kaum gesagt zu werden.

Andere Sprichwörter und Wetterregeln wollen aus dem Ver-halten der Tiere drausen in der Natur und der Beobachtung der Tiere Schlüsse auf das Wetter ziehen: „Geht der Hase lang im Sommerkleid, ist der Winter auch noch weit“, und umgekehrt: „Ist recht die das Fell des Hasen, so friert du bald an der Nase.“ Den gleichen Gedanken verfolgen die nachstehenden: „Scharen die Mäuse sich im Oktober tief ein, wird's ein strenger Winter sein“, oder auch: „Der Winter wird viel härter noch, wenn die Mäuse haufen hoch.“ Daß das Oktoberwetter für die Vaseinsbedingungen des Ungeziefers von Bedeutung ist, leuchtet ohne weiteres ein. Von dem Verhalten der Mäuse ist schon oben die Rede. Ein rauher Oktober soll ferner viele Raupen vernichten, so daß im nächsten Jahre eine geringere Raupenplage zu erwarten ist. Ein Sprich-wort sagt: „Ist der Oktober rau und kalt, schafft er dem Raupen-fraß Einhalt.“

Besonders der Stadtbewohner begrüßt es, wenn der Oktober noch schön ist. Da bleibt dann noch vor dem Winter Gelegenheit zu herrlichen Fußwanderungen, und die Winterzeit wird so nicht als so lang empfunden, als wenn bereits der Oktober winterliche Kälte bringt.

* Laasphe, 1. Okt. Unser seitheriges Stadtoberhaupt, Herr Bürgermeister Berensmann, scheidet mit dem heutigen Tage aus seinem hiesigen Wirkungskreis aus. Eine eingehende Würdigung seiner Verwaltungstätigkeit ist bereits anlässlich der am Samstag stattgefundenen Abschiedsfeier von den verschiedensten Sprechern erfolgt, worüber wir ja in voriger Nummer ausführlich berichtet haben, so daß sich eine nochmalige Aufzählung des von ihm geleisteten wohl erübrigen dürfte. Das eine nur möchten wir heute noch hervor-heben, daß sein Hauptverdienst, abgesehen von dessen großzügiger Siedlungspolitik, nicht nur das neu errichtete Gebäude der Auf-bau-schule selbst, als auch sein erfolgreiches Bemühen anerkannt zu werden verdient, diese höhere Schulanstalt überhaupt hier-her gebracht zu haben. Ohne höhere Schule blieb Laasphe immer ein Städtchen zweiter Ordnung, das von Fremden, die sich wegen unserer schönen Gegend gerne hier niederlassen hätten, früher mit Rücksicht auf den Bildungsgang der Kinder gemieden werden mußte. Heute ist das anders. Heute steht Laasphe bezüglich seiner Schulverhältnisse auf der Spitze des Kreises und wird bei einer geschickten Werbearbeit zur Schöpfung fremder Bürger, besonders pensionierter Beamten, ohne Zweifel ganz andere Erfolge erzielen. — Die persönliche Stellungnahme unserer Zeitung als Anwalt der öffentlichen Meinung zu Herrn Bürgermeister Berensmann und seiner Tätigkeit, möchten wir bei dieser Gelegenheit einmal deutlich unterstreichen. Es ist einmal der Vorwurf gemacht worden, wir unterstützten zu sehr die Politik des Bürgermeisters, was man umso ungeduldiger fände, da mitunter offensichtlich Meinungs-verschiedenheiten zwischen Verleger und Stadtverwaltung beständen. Gegen den Vorwurf, daß wir sozusagen mit unserem ehem. Stadt-oberhaupt durch did und dän gegangen wären, schügen uns am besten die vorhandenen Jahrgänge der Wittensteiner Zeitung, aus denen ersichtlich ist, daß wir stets eine Meinung vertreten haben, welche den Interessen der Allgemeinheit und den Rechten der Bürgerchaft diene. Uns Näherstehende wissen ferner, daß wir in unserer Eigenschaft als Schriftleiter im Interesse der Gesamtheit sowohl wie auch als Bürger privat, manchen Strauß mit dem ehem. Stadtoberhaupt ausgefochten haben, aber stets in sachlicher Weise und ohne auf das Gebiet persönlicher Gefälligkeiten zu geraten und etwa einiger Sachen wegen die ganze Tätigkeit des Bürger-meisters in Grund und Boden zu verdammen. Daß wir uns also den Blick nicht trüben ließen und die großen Werte des Bürgermeisters in gebührender Weise würdigten und großzügig, nur der Allgemeinheit dienende Projekte nach Möglichkeit auch unterstützten, wurde von manchen Mitbürgern — wohl weil es eine Ausnahme von der Regel — teils als unerhört, unglaublich, oder nach landläufigen Begriffen nicht normal gefunden. Bedauerlich ist es ohne Zweifel, daß man hier in 2. persönlicher Kränkungen oder Schädigungen, die sich mitunter ganz natürlich aus dem Lauf der Zeit hinter uns liegenden verworrenen Zeitver-hältnisse ergaben, in völlig unsachlicher Weise und in einem solchen Maße wie hier geschehen, einer offensichtlich der Allgemeinheit dienenden Tätigkeit vergelten lassen wollte. Gewiß hat der Bürger-meister manchmal angefochten, wo er es hätte vermeiden können und bei vielen Angelegenheiten ging man nicht immer die richtigen Wege, aber auch hier muß man gelten lassen: wo viel Licht, stellt sich auch Schatten ein; wer viel unternimmt, macht naturgemäß mehr Fehler wie jemand, der gar nichts unternimmt, und wie oft versuchte man, Maßnahmen des Bürgermeisters und der Allgemeinheit dienende Projekte derselben aus purer Eigennützigkeit in völlig un-gerechtfertigter, mitunter unerhörter Weise, zu verdammen! — Heute besteht ganz besonders die Gefahr, daß eine reine Interessen-wirtschaft in unserer Stadt die Oberhand bekommt. Es fehlt die Objektivität, Personen, die frei und klar über der Sache stehen. Unsere linken Stadtbürger hätten einen Beweis von objektivem Denken gegeben, wenn sie bei der offiziellen Einladung des Magistrats zur Abschiedsfeier des Bürgermeisters, ihre persönliche Feindschaft gegen die Verdienste des Bürgermeisters um die Stadt einmal in ehrlicher Weise abgewogen hätten, worauf ihnen die Erkenntnis hätte kommen müssen, daß die schwer wiegenden Verdienste des Bürgermeisters für die Stadt eine Teilnahme aller Vertreter der Stadt an der offiziellen Feier rechtfertigte. Statt dessen brachte man lieber den Beweis, daß eine persönliche Feindschaft vor eine objektive Stadt-vertretung geht.

* Laasphe, 1. Okt. Der Vaterl. Frauenverein hat die Absicht, seinem scheidenden Vorstandsmitglied, Frau Bürgermeister Berensmann, als Dank für die treue Mitarbeit bei den Wohl-fahrtsbestrebungen des Vereins, eine Abschiedsfeier zu bereiten. Er ladet alle Frauen und Jungfrauen Laasphe zu Samstag Abend 8 Uhr in den Gasthof Rohlstädt ein. Die Kaffeeliste kostet 60 Pf. Für Kuchen ist gesorgt. Damit die Teilnahmezahl übersicht-lich werden kann, wird um rechtzeitige Anmeldung freundlich gebeten. Näheres im Angelenteil der heutigen Nummer.

* Laasphe, 1. Okt. In der Stadtvorordneten-sitzung am 29. 9. waren sämtliche Stadtvorordnete mit Ausnahme des erkrankten Stb. Althaus anwesend; der Magistrat war vertreten durch Weig. Mittelmann, M. Rosenbaum und Otto Schmidt — Punkt 1. Der Bau der neuen Straße von der Bahnhofstraße aus soll vor-läufig nur bis zum Koch'schen Sägewerk durchgeführt werden, solange die Gebäude des Werkes noch nicht fertig abgebrochen sind. Bezüglich der Kanalisation der Straße soll mit dem städtischen Bauleiter

Rückfrage genommen werden. — 2. Auf Antrag Renner wurde die Wahl einer gemischten Baukommission einstimmig beschlossen, die aus 3 Stadtvorordneten und 2 Magistratsmitgliedern bestehen soll. Diese soll die Frage des Wegebaues näher prüfen. Vorge-schlagen wurden die Stadtvorordneten A. Schäfer, Renner, Steinmetz, Koch, von denen die drei letzteren gewählt wurden. Stb. Schäfer erhielt 4 Stimmen. Der Magistrat wurde ersucht, die beiden Mit-glieder so bald wie möglich zu ernennen, damit die Kommission un-verzüglich in Wirksamkeit treten kann. — 3. Abbau des Bauamtes. Stb. Renner berichtet über die Sitzung des Bauhaltungsausschusses, der sich im Beisein des Magistrats mit der Sache befaßt hat. Bezieher sei für Vertagung der Sache um 8—14 Tage gewesen, dem schloß er sich an, ebenso bezüglich des 4. Punktes, Bauamt und Krankenkasse, worüber erst mit dem 3. St. beurlaubten Stadtratmeister Rücksprache genommen werden solle. Die Vertagung wurde ein-stimmig beschlossen. — 5. Stellungnahme zu der Verwaltungsfreit-fache wegen Ansetzung der Stadtvorordnetenversammlung er-gabte Kenntnis von der an die Stadtvorordnetenversammlung er-gangenen Ladung zu dem Termin vor dem Bezirksauschuss in Arnberg am 8. Oktober, vorm. 9 Uhr. Auf Antrag Renner werden vom Stadtv. Vorkeber die einzelnen Zeugnisaussagen des vor eini-gen Wochen hier stattgehabten Hofaltersverfahrens. Dieran schloß sich eine kleine Debatte. Dann gelangte ein Dringlichkeitsantrag Renner zur Abstimmung, der zu Beginn der Sitzung einstimmig anerkannt war: „Die Stadtvorordnetenversammlung beschließt für den am 8. Oktober in Arnberg stattfindenden Gerichtstermin 3 Stadtvorordnete mit der Vertretung zu betrauen und als Rechtsbeistand den Rechts-anwalt Dr. David-Hagen hinzuzuziehen. Die Kosten für Vertreter und Rechtsbeistand trägt die Stadtasse. Als Vertreter wurden auf Antrag Rühl die Stb. Sakmannshausen, Steinmetz, Renner mit 9 Stimmen gewählt und mit der gleichen Stimmenzahl die Tragung der Kosten durch die Stadtasse beschlossen. Die Vertreter sollen Herrn Dr. David das Material und alle Unterlagen über-mitteln. — Nach Schluß der Tagesordnung kamen noch verschiedene Sachen zur Besprechung. Beschlossen wurde einstimmig, daß der Magistrat mit der städt. Verwaltung wegen Zinkablieferung der Brennholz-Abfuhrwege verhandeln soll, damit das Holz auch abgefahren werden kann, was bei dem jetzigen Zustand der Wege nicht möglich ist. Dieser Antrag wurde von allen Seiten warm unterstützt. — Die Sitzung wurde um 9 Uhr geschlossen.

* Laasphe, 1. Okt. (Konzert.) Ein Sohn unserer Heimat hat es zuhause gebracht, daß im Ruhrgebiet rühmlichst bekannte und auf vielen Weisen preisgekrönte Doppelquartett „Harmonie“ Gelsenkirchener-Gänigfeld zu zwei Konzerten zu ver-pflichten. Wir geben an dieser Stelle einen kurzen Bericht der Wattenfelder Ztg. über ein stattgefundenes Konzert wieder:

Das Doppelquartett „Harmonie“ veranstaltete gestern in der Turnhalle ein außerordentliches Wohltätigkeitskonzert zum Besten der Ortsarmen von Gänigfeld. Das aus stimmigen Sängern be-stehende Quartett ist durch seinen künftigen Dirigenten A. Ball e zu einem Klangkörper feinsten Schattierungen ergoßen worden. Bei Wiedergabe eines geachteten Pianissimo ist besonders die deutliche Aussprache zu loben, die man oft bei Männerchören und Quartetten so schmerzhaft vermisst. Eindrucksvoll ist das Forte, das immer wohlklingend bleibt, selbst wenn es noch eine Steigerung erfährt. Bei der Programmaufstellung war man sehr kritisch vorgegangen und hatte nur das aufgenommen, was einen gewissen künstlerischen Wert hat. Es gelangten Chöre von Beethoven, Hansen, Wungart u. a. zum Vortrag. Als besonders schöne Leistungen seien genannt „Wienlied“ von Wungart und „Walsteinlied“ von Sengel. Auf die tragischen „Königslieder“ von Schwarz hatte man besonders große Sorgfalt angewandt, was die Zuhörer auch voll zu würdigen wußten. Hoffmanns „Im Keller“, ein frohes Liedchen, schloß die horstischen Darbietungen. Das Doppelquartett hat mit diesem Konzert einen vollen Erfolg gehabt.

Wie aus den obigen Zeilen zu sehen ist, wird sich der Besuch der Konzerte für jeden Sangsfreund lohnen. Es werden nur erst-klassige Chöre und Vieder zum Vortrag gebracht. Wir verweisen auf die Anzeige in heutiger Nr.

Laasphe, 30. Sept. Die Eheleute Landbrieftreger a. D. Ludwig Krämer und Frau Luise geb. Hirschbach begingen am heutigen Tage die seltene Feier der Goldenen Hochzeit bei verhältnismäßig leblicher Gesundheit und in geistiger Frische. Den zahlreichen Glückwünschen von Nah und Fern schloßen auch wir uns von Herzen an, dem allseits geachteten, modernen Paare einen ferneren gesegneten Lebensabend wünschend. Der hiesige Männergesangsverein verschönte die Feier durch Vortrag mehrerer Lieder. Der Vorsitzende brachte dabei dem Jubelpaare im Namen des Vereins herzliche Glückwünsche dar, während das älteste Vereins-mitglied der Feier vor 30 Jahren gedachte, als der damals kurz vorher gegründete Verein den Eltern der jetzigen Jubelfrau zur selben Feier gratulierte. — Als Seitenstück sei noch erwähnt, daß es auch den Eltern der Frau Krämer vergönnt war, vor 30 Jahren, 1894, ebenfalls die goldene Hochzeit im selben Hause begehen zu können.

Turnen * Spiel * Sport.

Fußball.
BfM. Altenhundem — SpV. Teubingen 4:1.

Bermischtes.

Stehen Kinder durch einen Sandrutsch verschüttet. In Cheetham bei Manchester wurden sieben Kinder, die an einem neuerbauten Eisenbahndamm spielten, durch einen Sand-rutsch verschüttet. Bisher gelang es, ein Kind aus Beige und zwei schwer verletzte Kinder zu bergen.

Auf der Leine gekentert. Am Sonntag vormittag ist auf der Leine bei Hannover beim Strudel an der Turbine beim Schnellen Graben ein Boot des Marinevereins gekentert wobei drei Personen ertrunken sind.

Fliegerabsturz. Bei den schwedischen Herbstmanövern stießen in der Nähe von Entoepping in 300 Meter Höhe zwei Militärflugzeuge zusammen. Die Flugzeuge wurden voll-ständig zertrümmert und beide Flieger getötet.

Unfall bei einer Ausstellung. Auf dem Gelände der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Kreuznach wurde durch einen orkanartigen Sturm ein Zeltpylon abgedeckt und eine Stachitromleitung zerrissen, die zur Erde niederfiel. Der Sohn eines Einwohners kam damit in Verberührung und wurde sofort getötet. Bei dem Wiederauflegen eines Zel-planes fiel ein junger Mann so unglücklich vom Gerüst, daß er mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus ein-geliefert werden mußte.

Amerikanische Kriegsschiffe zur Unterstützung des Seppe-lins. Die amerikanischen Kriegsschiffe „Pattola“, „Mil-waukee“ und „Detroit“ werden für eine etwaige Unter-stützung des Seppelins bei seiner Ueberfahrt nach Amerika folgende Stationen im Atlantik aufsuchen: „Pattola“ 300 Meilen südlich vom Kap Farewell (Grönland), „Detroit“ 900 Meilen südlich Farewell und „Milwaukee“ 250 östlich Halifax.

Seit langen Jahren liefert
die besten Eierleger
D. Becker,
Weidenau-Sieg.
Preisliste gratis.

Scharfer
Hof- u. Fahrhund
zu verkaufen.
Heinrich Schmidt X.,
Weidenbach.

Samstagabend 8 Uhr im Gasthof Rohlstädt
Abschiedsfeier
 für Frau Bürgermeister Verensmann.
 Alle Frauen und Jungfrauen Laasphe sind
 herzlichst dazu eingeladen. Kaffeekarte 60 Pfg.
 Vorher. Anmeldung bei Rohlstädt, Frau Mühlen-
 besitzer Otto Strad und Pfarrer Bauer erbeten.
Der Vorstand
des Vaterländischen Frauenvereins.

Anfang Oktober ds. Js. beginnt hier in
 Laasphe ein

Stenographie-Kursus

(System „Stolze-Schren“)

Dauer des Kursus: 3 Monate.

Anmeldungen schriftlich oder mündlich bei

Robert Schreiber, Friedrichshütte-Laasphe
 Telefon 77.

Erste Zusammenkunft: Montag den 6. Oktober,
 abends 8 Uhr im Gasthof Fuchs.

Auf in den nächsten Tagen eintreffendes

Rotkraut, Zwiebeln und Möhren

sowie auf

Winterkartoffeln

nehmen noch Bestellungen entgegen

Moses & Cronau, Laasphe.

Wir suchen an allen Plätzen zum Absatz unserer
 Spezialitäten:

Vaseline-Lederfette (nicht weiß werdend),

Wagenfette, Bohnerwachs, Körjöl-Auto-
öle, Maschinen-Öle und Fette u.

gut eingeführte Wiederverkäufer. Wir gewähren
 bei billigen Preisen günstigste Bedingungen und bitten um
 Anfragen.

Sonn & Herz, Gießen. Tel. 136 u. 383.



Verkauf zu Original-Preisen!

Vertreter: Adolf Weber, Laasphe.

Stuckarbeiten

innen und außen, wie:

Feinhe Rabi- u. Deckenarbeiten,
sämtl. Terrazzoarbeiten

Spezialität:

Fassaden,

Edelputz,

Lithinen,

Kalzit u.

Terranova.

Richard Bald,

Stuckgeschäft,

Laasphe i. Westf.

Zwei große Konzerte

veranstaltet das

Doppel-Quartett „Harmonie“

Gelsenkirchen-Günnigfeld (Ruhrgebiet)

am Sonntag den 5. Oktober.

Anfang des 1. Konzertes nachmittags 2 1/2 Uhr in
Banfe

im Saale des Gastwirts Roth.

Anfang des 2. Konzertes abends 8 Uhr in

Laasphe

im Saale des „Westfälischen Hofes“.

Es gelangen zum Vortrag **Chöre und Lieder** von

Abt, Schubert, Schwarz, Bungen u. a.

Musik: Klavier und Geige.

Karten zum Preise von 1,00 Mk. einschl. Steuer sind zu haben
 im Vorverkauf in der Buchhandlung Hermann Jung und
 an der Kasse.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Doppel-Quartett Gelsenkirchen-Günnigfeld.

Handschuhe

Trikot, Wolle
Glacé, Nappa
Wildleder

Ludw. Schröder
Laasphe.

Miele-Zentrifugen

in großer Auswahl

gebe ich zu den günstigsten Bedingungen ab.

Wilhelm Schröder, Laasphe.

Wir kaufen laufend

Nadelholz-Grubenstempel

von 3' bis 10' weßf. Dimensionen für
 direkte Zechenlieferungen.

Angebote frei Waggon oder frei
 Ruhrzeche an

Heinr. Altmann, G. m. b. H., Selbecke
 Post Oberhundem i. W.



„D' Königsfeer“

Original oberbayr. Bauerntheater.
 Erstklassige Schupplattler — Vorzügliche Zitherspieler.
 Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!

Gastspiel in Erndtebrück

im Patt'schen Saal

Freitag den 3. Oktober, abends 8 Uhr

„S' Buschliesl“

Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten.

Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung:

„Tügendmädchen und Wahrheitsmädchen“
 Märchenspiel in 5 Akten.

Samstag den 4. Oktober, abends 8 Uhr:

„S' Glück in der E'h“

Bauernposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Eintrittspreise:

Nummerierte Plätze 1,50, 2. Platz 1,00.

Nachmittags für Kinder 50 Pfg. und 30 Pfg.

Kartenvorverkauf bei Friseur Kraft.

Osram-Lampen, luftleer,
 in allen Kerzenstärken wieder vorrätig,

Osram-Nitra, hell und matt,

Osram-Nitra, opal,

das neue blendungsfreie Licht,
 in allen Wattstärken.

Hermann Schröder, Laasphe,
 Kirchplatz.

Ia. Hausbrandkohlen
Ruß 2 und Briketts

Liefert ab Waggon und frei Haus

Adolf Wagener, Banfe.

Bekanntmachung.

Die städtischen Büros sind
 Werktagen von vorm. 8—1
 Uhr und am Montag und
 Freitag jeder Woche von
 nachm. 3—6 Uhr für das
 Publikum geöffnet.

Laasphe, 24. Sept. 1924.

Der Bürgermeister:
 Verensmann.

Weißkraut

verkaufe ich morgen,
 Donnerstag früh anfangend,

p. 3tr. 2,70 Mark.

K. Seibel,
 Laasphe, Bahnhofstraße.

Fernsprecher 67.

Für kleinen ruhigen Haus-
 halt ein

Mädchen

gesucht.

Frau
Amtmann Schulenburg
 Banfe.

Grummetwuchs

aus der Hand zu verpacken.

Zu ertragen in der Ge-
 schäftsstelle der Wittg. 3tg.

Nur solange Vorrat reicht.

200 Stilek

hochfeine Zigarren

aus garant. rein überseeisch.
 Tabaken.

(150 St. Sumatra u. 50 St. Brasil.)
 zum aussergewöhnlich billigen

Preise von Mk. 25.—

Portofrei gegen Nachnahme.
Max Hasenberg, Zigarren-Import
 Hamburg, Königstr. 14—16.

Jedem **Bullenbesitzer**
 die bei der diesjährigen
 Herbstkörnung Bullen antöten
 lassen wollen, werden hier-
 mit aufgefordert, die Bullen
 bis spätestens 8. Okt. 24
 bei dem Unterfertigten an-
 zu melden.

Der Vorsitzende
 der Körkommission:
 Hopp,
 Landwirtschaftsdirektor.



Turnverein Laasphe:

Monatsversammlung

am Samstag, 4. Oktbr.,
 im Vereinslokal.

Um vollzähliges Erscheinen
 bittet Der Vorstand.

Ein Waggon prima

Weißkraut

zum Einschneiden ist ein-
 getroffen u. gibt preiswert ab

Gärtnerei Braun,
Laasphe.

Auf Rotkraut, Zwiebeln
 und Möhren nehme noch
 Bestellungen entgegen.

Eine gebrauchte, aber sehr
 gut erhaltene

Nähmaschine

gibt billig ab

Wilhelm Schröder,
 Laasphe, Bahnhofstraße.

14,50 franko Nachnahme

Postkoll. garantiert reiner

Bienenfleuderhonig

bei der Ein- u. Verkaufs-
 stelle der Neuen Bienen-
 zeitung, Marburg a. Bahn.

Bohnerwachs

Grüne, Fußbodenöl, Bohnerbürsten,
Fußbodenlackfarben sowie sämtliche
Anstreicher-Bedarfs-Artikel.

Josef Klein, Siegen
 Koblenzerstr. 6. Telefon 981.

Muster und Angebote jederzeit zu Diensten.